

Niederschrift

über die 28. Sitzung des Ausschusses für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr am Montag, dem 18.11.2019 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Bontrup, Martin
Gochemann, Josef, Prof. Dr. **Vertretung für
Herrn Wilhelm Wessels**
Holz, Anton
Klaus, Markus
Koch, Harald
Kummann, Norbert
Pohlmann, Franz
Schulze Eskin, Werner
Terwort, Heinrich
Wäsker, Christoph
Wobbe, Ludger

SPD-Kreistagsfraktion

Bednarz, Waltraud **Vors.**
Lonz, Lambert
Spiekermann-Blankertz, Michael
Vogt, Hermann-Josef

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang
Spräner, Uta **Vertretung für Frau Anja Postruschnik**

FDP-Kreistagsfraktion

Nawrocki, Oliver

UWG-Kreistagsfraktion

Lunemann, Heinz Jürgen **Vertretung für Herrn
Rüdiger Fichtner**

FAMILIE/DIE LINKE-Kreistagsfraktion

Röken, Gernod, Dr.

Verwaltung

Bösken, Stefan
Evers, Frank **SF**
Tranel, Gerrit
Brockkötter, Ulrike
Lechtenberg, Christian
Raabe, Mathias
Tepe, Linus, Dr.
Westrick, Klaus

Gäste

Fromberg, Andrea (**Planungsbüro VIA**)
Henke, Martina (**ZVM Bus**)
Lesch, Pia (**Planersocietät**)

Die Ausschussvorsitzende Waltraud Bednarz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 "Tarifprojekt 2020 - mehr Fahrgäste für Bus und Bahn durch günstigere Fahrkarten"; Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 20.08.2019
Vorlage: SV-9-1565
- 2 WestfalenTarif im Münsterland – Tarifmaßnahme 01.08.2020
Vorlage: SV-9-1560
- 3 Vergünstigte Nutzung von Bussen und Bahnen für Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleitercard - JULEICA
Vorlage: SV-9-1558
- 4 Sachstandsbericht zum Radverkehrskonzept Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-9-1552
- 5 Bericht zum Zustand des Radwegenetzes
Vorlage: SV-9-1556
- 6 Baubeschluss zur Abwicklung eigenfinanzierter Deckenbaumaßnahmen 2020
Vorlage: SV-9-1555
- 7 Entwurf Haushalt 2020
Vorlage: SV-9-1544
- 8 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Mitteilungen und Anfragen im nichtöffentlichen Teil erfolgen nicht.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-9-1565

"Tarifprojekt 2020 - mehr Fahrgäste für Bus und Bahn durch günstigere Fahrkarten"; Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 20.08.2019

Ktabg. Koch erläutert kurz den Hintergrund des CDU-Antrags und der Sitzungsvorlage. Ziel sei es, Gäste zu erreichen, die bisher den ÖPNV nicht oder nur wenig genutzt haben. Weiter wolle man Umweltbewusstsein belohnen. Mit der Initiative 9 Uhr-Ticket habe man über den Kreis hinaus ein Zeichen gesetzt und eine münsterlandweite Initiative angestoßen. Ein gewisses finanzielles Risiko gehe man damit ein, allerdings sei die Höhe der Förderung deutlich geringer als zunächst angenommen. In einem weiteren Schritt zur Verbesserung des ÖPNV müsse man die Angebote besser ausgestalten. Die Reduzierung der Preise könne nur ein erster Schritt sein.

Vors. Bednarz begrüßt die Initiative zur erhöhten Nutzung von Bus und Bahn. Es sei nun wichtig, die Angebote auch entsprechend zu vermarkten.

Auch Ktabg. Vogt lobt die Initiative. Wie bereits zuvor im Unterausschuss ÖPNV besprochen, regt er an, auch die 9 Uhr-Monats-Tickets zu vergünstigen und nicht nur die Abos. Die Aktion müsse zeitnah starten, möglichst schon nach dem 1. Quartal 2020.

Ktabg. Dropmann sieht in der Initiative grundsätzlich einen guten Ansatz. Auch er befürwortet die Förderung der Monats-Tickets, da der Schritt zu einem Jahres-Abo für Neukunden und Umsteiger eine große Hürde darstelle.

SB Nawrocki befürwortet die Maßnahmen ebenfalls als starkes Signal an die Kunden und spricht sich für eine möglichst schnelle Umsetzung aus.

Ktabg. Lunemann unterstützt die Initiative ebenfalls, hält aber eine Bestandsaufnahme nach sechs Monaten für sinnvoll, um zu prüfen, wie das Angebot angenommen wird.

Ktabg. Koch erklärt, dass man sich nach einem halben Jahr die Resonanz anschauen könne. Allerdings sei vorgesehen, die Aktion auf mindestens ein Jahr anzulegen, so dass man nicht abbrechen könne, wenn die ersten sechs Monate nicht erfolgreich verliefen. Zu den angesprochenen Marketingmaßnahmen weist er darauf hin, dass hierfür entsprechende Finanzmittel vorgesehen seien.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

1. Den vorgeschlagenen Maßnahmen wird zugestimmt
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Vertriebspartnern im Münsterland entsprechende Verfahren für die vertriebliche Umsetzung zu entwickeln.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-9-1560

WestfalenTarif im Münsterland – Tarifmaßnahme 01.08.2020

Frau Henke (ZVM Bus) erläutert kurz das jährliche Prozedere der Tarifierhöhungen jeweils zum 01.08. eines Jahres. Von Seiten der Verkehrsunternehmen sei eine Erlössteigerung von 2,5 % gefordert worden, was hauptsächlich mit gestiegenen Personal- und Dieselpreisen begründet worden sei. Nach zähem Ringen sei es zu einem Kompromiss und einer linearen Erhöhung von 1,93 % gekommen. Durch die Aktion „9 Uhr-Tickets“ erfolge hier eine deutliche Senkung der Tarife, bei den anderen Ticketarten variere die Erhöhung zwischen 2 und 2,5%.

Ktabg. Vogt zeigt sich erstaunt über die Anhebung der Tarife. Es sei ihm ein Dorn im Auge, dass der „Automatismus“ wieder greife. Bei den 9 Uhr-Tickets sei durch die Förderung eine deutliche Absenkung von rund 20 % zu erwarten, bei der Stufe 5 allerdings so gut wie gar keine. Hier gebe es noch Verbesserungsbedarf. Er beantragt, wie bereits zuvor im Unterausschuss ÖPNV besprochen, die Ziffer 5 mit dem Wortlaut „Das Projekt „9 Uhr-Tickets“ wird auf 12 Monate angelegt.“ dem Beschlussvorschlag hinzuzufügen und getrennt über die Ziffern 1 bis 3 sowie 4 und 5 abzustimmen.

Ktabg. Koch erklärt, dass man sich grundsätzlich auf einem guten Weg befinde. Manchmal müsse man gewisse negative Aspekte akzeptieren, um andere positive Dinge zu erreichen. Die Ausweitung der Initiative 9 Uhr-Tickets auf ein Jahr sehe er positiv. Er verweist auf die Notwendigkeit der Einstimmigkeit der Abstimmung über den WestfalenTarif, da sonst die Index-Lösung greife, die niemand wolle. Unter Abwägung aller Aspekte könne man sich auch mit der beschriebenen linearen Erhöhung abfinden.

KD Dr. Tepe erklärt, dass der Stützungsbedarf durch die Münsterlandkreise ca. 1 bis 1,5 Mio. Euro betrage. Hiervon habe der Kreis Coesfeld rund 20 % zu tragen.

Sodann lässt die Vors. Bednarz über den um Ziffer 5 ergänzten Beschlussvorschlag getrennt nach den Ziffern 1 bis 3 sowie 4 und 5 abstimmen.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

1. Den vorgeschlagenen Änderungen zur Tarifmaßnahme 2020 für den WestfalenTarif im Münsterland wird zugestimmt.
2. Der Kreistag beschließt ein entsprechendes Handlungsmandat für die Vertreterinnen/Vertreter des Kreises Coesfeld in den Tarifgremien.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Tarifausschusses Münsterland, der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe und im WestfalenTarif-Ausschuss entsprechend abzustimmen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Überlegungen zum ABCD-Modell weiterzuentwickeln.
5. Das Projekt „9 Uhr-Tickets“ wird auf 12 Monate angelegt.

Ziffern 1 bis 3

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
 7 Nein-Stimmen

Ziffern 4 und 5

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-9-1558

Vergünstigte Nutzung von Bussen und Bahnen für Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleitercard - JULEICA

Ktabg. Wobbe lobt die vorgesehene Verstetigung des Angebots. Man müsse so nicht jährlich neu entscheiden und die potentiellen Kunden hätten eine gewisse Planungssicherheit. Angesichts des genau mit 6.700 € angegebenen Betrages für die Haushaltsmittel frage er sich allerdings, was passiere, wenn der Betrag aufgebraucht sei.

MA Tranel erläutert, dass die Beträge jeweils aufgrund von Erfahrungswerten hochgerechnet worden seien. Eine unbegrenzte Bereitstellung von Mitteln für diesen Zweck sei haushaltsrechtlich nicht möglich.

Ktabg. Vogt ist der Auffassung, dass kein Antragsteller abgewiesen werden solle, selbst wenn der in den Haushalt eingestellte Betrag nicht ausreichen sollte.

Ktabg. Lonz hält dies nicht für problematisch, da Ansätze auch überschritten werden könnten, wenn woanders etwas eingespart werde. Vor einigen Jahren habe man im Ausschuss darüber diskutiert, dass auch anderen Personenkreisen außer den JULEICA-Inhabern Vergünstigungen zu Gute kommen sollten. Er möchte wissen, was aus dem entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung geworden sei. MA Tranel erklärt, dass dies in dem zuständigen Dezernat erfragt werde.

KD Dr. Tepe stellt abschließend klar, dass im Haushalt eine konkrete Summe eingeplant werden müsse und daher, wie von MA Tranel dargelegt, der Betrag von 6.700 € berechnet worden sei.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

1. Inhabern der Jugendleitercard (JULEICA) wird auf Antrag ein Zuschuss zum Erwerb eines Fun-Tickets für das Netz Münsterland gewährt.
2. Aus dem Kreishaushalt wird bis auf Weiteres ein Betrag von max. 6.700 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-9-1552

Sachstandsbericht zum Radverkehrskonzept Kreis Coesfeld

MA Raabe führt einleitend aus, dass im Mai dieses Jahres bereits ein erster Sachstandsbericht zum Radverkehrskonzept gegeben wurde. Inzwischen sei man einen deutlichen Schritt weiter und man befinde sich in der finalen Abstimmungsrunde. Es sei daher heute möglich, ein schon weit gediehenes Konzept vorzustellen, das auch bereits eine erste, noch sehr grobe Kostenschätzung für die Baumaßnahmen enthalte.

Frau Lesch und Frau Fromberg (Planersocietät / Planungsbüro VIA) stellen daraufhin anhand eines Power-Point-Vortrages den aktuellen Stand des Radverkehrskonzeptes vor. Die Präsentation wird allen Ausschuss- und Kreistagsmitgliedern im Nachgang der Sitzung per E-Mail zur Verfügung gestellt und steht im Ratsinformationssystem zum Abruf bereit.

Auf entsprechende Nachfrage des Ktabg. Wobbe erläutert Frau Fromberg, dass in der aufgeführten Kostenschätzung keine Grunderwerbskosten enthalten seien, da diese zum jetzigen Qualifizierungsstand noch nicht abgeschätzt werden können.

Ktabg. Dropmann verweist auf das bestehende Radverkehrsnetz NRW (rot gekennzeichnete Routen) und wirft die Frage auf, warum diese Routen bei dem Konzept offenbar nicht berücksichtigt wurden.

Frau Fromberg erläutert, dass bei dem Radverkehrskonzept der Alltagsradverkehr, also im Wesentlichen die Pendler und der Schülerverkehr im Fokus stehe. Es handle sich vor allem um ein Bauprogramm, mit dem die kürzesten Wege unter Einbeziehung der notwendigen sozialen Kontrolle realisiert werden sollen. Hiermit sei eine andere Zielsetzung verbunden als mit den vornehmlich über Wirtschaftswege führenden roten Routen des Radverkehrsnetzes NRW. Die roten Routen seien somit nur dort Teil des Konzeptes, wo sie die direkte Verbindung zwischen zwei Ortsteilen darstellen.

Auf entsprechende Nachfrage der Vors. Bednarz bestätigt Frau Fromberg, dass bei der Priorisierung der Maßnahmen auch die Unfallschwerpunkte aus der Datenbank berücksichtigt wurden.

Ktabg. Bontrup gibt zu bedenken, dass neben dem Neubau von Radwegen auch kleinere Maßnahmen wichtig sind. Hier sei zu überlegen, ob auf Kreisstraßen, auf denen wenig Verkehr herrscht, durch Markierungen am Straßenrand mit wenig Aufwand Radverkehrsstreifen angelegt werden können.

Frau Fromberg entgegnet, dass dies zwar wünschenswert sei, die bestehende Rechtslage die Anlage dieser Schutzstreifen außerorts aber nicht zulasse.

SB Spräner möchte wissen, welche Zeiträume mit der vorgenommenen Einteilung der Maßnahmen in „kurzfristig“, „mittelfristig“ und „langfristig“ konkret gemeint sind.

Frau Fromberg erwidert, dass kurzfristige Maßnahmen nach dieser Einschätzung in einem Zeitraum von 3 – 5 Jahren umzusetzen seien. Dies hänge aber letztlich auch von den Rahmenbedingungen und insbesondere der Personalunterstützung ab.

Ktabg. Holz begrüßt, dass für dieses Thema nun ein Konzept vorliege. Die weiteren Details in Bezug auf die Maßnahmen, die die Kreisstraße betreffen, müssten zu einem späteren Zeitpunkt und an anderer Stelle noch näher diskutiert werden.

Ktabg. Vogt betont die Notwendigkeit, die Projekte gemeinsam mit den Kommunen in Angriff zu nehmen. Eine „Flickschusterei“ müsse unbedingt vermieden werden. Ebenso müssten der Bund und das Land ihren Teil zur Umsetzung beitragen.

Ktabg. Wobbe sieht neben dem Kreis vor allem auch die Räte in den jeweiligen kreisangehörigen Kommunen in der Pflicht, die notwendigen Maßnahmen auch bezogen auf die Landes- und Bundesstraßen einzufordern. Angesichts der Höhe der im Konzept angegebenen Kosten für die Maßnahmen sei er etwas erschrocken. Dabei müsse man aber bedenken, dass auch kurzfristige und kleinere Maßnahmen schon einen großen positiven Effekt haben können.

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-9-1556

Bericht zum Zustand des Radwegenetzes

Vors. Bednarz fasst zusammen, dass in dem Bericht über den Zustand des Radwegenetzes einige durchaus erschreckende Mängel aufgezeigt werden. Es gelte nun, unter Berücksichtigung des neuen Konzeptes gemeinsam an einer Verbesserung der Situation zu arbeiten.

Ktabg. Holz ergänzt, dass man in der Vergangenheit häufig Bäume an den Radwegen gepflanzt habe und nun die dadurch entstandenen Schäden beseitigt werden müssten. Beim Neubau von Radwegen stelle sich zudem häufig das Problem des Grunderwerbs, da eine Enteignung nicht möglich sei.

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-9-1555

Baubeschluss zur Abwicklung eigenfinanzierter Deckenbaumaßnahmen 2020

Wortmeldungen oder Nachfragen der Ausschussmitglieder ergeben sich nicht.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Erneuerung der Fahrbahndecken auf den Kreisstraßen

- a) K 06 AN 11 (3,5 km, ca. 0,9 Mio. €)
- b) K 23 AN 6 (3,3 km, ca. 0,8 Mio. €)
- c) K 18 AN 3 (3,6 km, ca. 0,9 Mio. €)
- d) K 06 AN 7 (0,4 km, ca. 0,2 Mio. €)
- e) K 08 AN 3 (0,5 km, ca. 0,2 Mio. €)

zu veranlassen.

Die Zustimmung (Baubeschluss) für die Maßnahmen c) – e) erfolgt mit der Maßgabe, dass eine Auftragsvergabe erst erfolgen darf, wenn die Haushaltsmittel in 2020 für die Deckenerneuerungen bereitgestellt werden und der Haushalt 2020 seine Rechtskraft erlangt hat.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-9-1544

Entwurf Haushalt 2020

Produktgruppe 20.06 – Gebäude:

Ktabg. Vogt führt aus, dass der Kreis neben den Neu- und Umbauprojekten noch viele weitere Gebäude nutze, bei denen langfristig möglicherweise ebenfalls größere Investitionen fällig werden. Vor diesem Hintergrund bittet er darum, dass die Verwaltung eine vollständige Übersicht aller Gebäude erstellt. In dieser solle aufgeführt werden, welche Sanierungserfordernisse angesichts des jetzigen Zustands voraussichtlich zu welchem Zeitpunkt auf den Kreis zukommen werden.

Ktabg. Koch ist der Auffassung, dass sich diese Frage letztlich mit der auf S. 444 aufgeführten Kennzahl der Substanzerhaltungsquote für die Gebäude beantworten lasse.

Ktabg. Vogt hätte dennoch gerne eine Übersicht der Verwaltung, wie sich der Investitionsbedarf an den Gebäuden mittel- bis langfristig darstellt.

KD Dr. Tepe erklärt, dass die Verwaltung diese Anregung gerne aufnehme und eine entsprechende Übersicht für eine der nächsten Ausschusssitzungen vorbereiten werde.

Zum geplanten Neubau der Rettungswache Lüdinghausen möchte Vors. Bednarz wissen, ob es hierfür inzwischen bereits einen Standort gebe.

MA Evers erwidert, dass diesbezüglich zurzeit Verhandlungen mit einem privaten Grundstückseigentümer geführt werden, die noch nicht abgeschlossen sind.

Ktabg. Koch erkundigt sich danach, warum für den Rettungswachenstandort in Olfen keine Mittel im Haushalt vorgesehen sind.

KD Dr. Tepe erläutert, dass der Standort für die nächsten 3 bis 4 Jahre gesichert und zurzeit noch keine Notwendigkeit für bauliche Maßnahmen gegeben sei.

Ktabg. Koch fragt zu der auf S. 440 des Produkthaushaltes als Investition aufgeführten Anlage eines Außenspielplatzes an der Burg Vischering, ob es über die Zuwendung der Stadt Lüdinghausen in Höhe von 50.000 € bereits schriftliche Vereinbarungen gebe.

KD Dr. Tepe erklärt, dass hierüber die mündliche Zusage des Bürgermeisters vorliege und die Angelegenheit mit ihm in einem Gespräch am 19.11.2019 erörtert werde.

Produktbereich 66 – Straßenbau und -unterhaltung:

Zur Maßnahme Ortsumgehung Senden-Ottmarsbocholt L844 (S. 497/498 des Produkthaushaltes) informiert KD Dr. Tepe darüber, dass hier noch keine finale Vereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW vorliege, aber die entsprechenden Abstimmungsgespräche derzeit geführt werden.

AL Brockkötter ergänzt, dass nach den aktuellen Gesprächsergebnissen – anders als im Entwurf des Produkthaushaltes vorgesehen – keine Veranschlagung im investiven Bereich erforderlich ist, da die entsprechenden Zahlungen direkt vom Landesbetrieb geleistet werden. Stattdessen sind lediglich die Personalkosten von 50.000 € für die einzurichtende Stelle sowie die entsprechende Kostenerstattung in gleicher Höhe im konsumtiven Bereich zu veranschlagen. Diese notwendigen Anpassungen werden in die Änderungsliste aufgenommen.

Ktabg. Vogt erklärt, dass diese Maßnahme von der SPD-Fraktion abgelehnt werde, da hierfür der Landesbetrieb verantwortlich sei und die Stelle nicht beim Kreis geschaffen werden solle.

Ktabg. Dropmann hält die Maßnahme für überflüssig und spricht sich dagegen aus, da die Verkehrsbelastung zu gering sei.

Ktabg. Klaus spricht sich für eine Umsetzung aus und verweist darauf, dass die Mehrheit in Senden ebenfalls für diese Maßnahme sei.

Auf Nachfrage des Ktabg. Lonz bestätigt KD Dr. Tepe, dass die beim Kreis Coesfeld einzurichtende Stelle befristet wird.

Zum aktuellen Sachstand des Neubaus der Brücke in Ahsen teilt KD Dr. Tepe auf entsprechende Bitte der Vors. Bednarz mit, dass die Bauphase voraussichtlich im 2. Quartal 2021 beginnen werde und die Verkehrsfreigabe für Mai 2022 geplant sei.

Ktabg. Koch merkt zu den auf S. 518 angegebenen Planwerten für den Neubau von Radwegen an, dass sich hier künftig die Bestrebungen aus dem Radverkehrskonzept widerspiegeln müssten und die Zahlen entsprechend damit in Einklang zu bringen seien.

Zu den für 2019 geplanten Radwegebaumaßnahmen K 11 Nottuln-Schapdetten, K 13 Darup, K 39 Ascheberg und K 50 Havixbeck teilt KD Dr. Tepe mit, dass hier bisher kein Baubeginn erfolgt ist, da die Grunderwerbsverhandlungen noch andauern.

Ktabg. Schulze Esking erkundigt sich nach dem Hintergrund für die auf S. 497 des Produkthaushaltes für Deckenerneuerungen und nicht geförderte Straßenbaumaßnahmen veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.500.000 €.

MA Westrick erläutert, dass hiermit die Möglichkeit geschaffen wird, die entsprechenden Aufträge relativ früh im Jahr zu vergeben. Der Gesamtansatz werde damit aber nicht überschritten.

Produktgruppe 01.07 – Nahverkehrsplanung ÖPNV:

Ktabg. Koch sieht für den auf S. 593 des Produkthaushaltes erläuterten zusätzlichen Aufwand für die Aussetzung von Tarifmaßnahmen in Höhe von 1.015.700 € Reduzierungsbedarf. Dieser Ansatz könne guten Gewissens um 300.000 – 400.000 € reduziert werden.

KD Dr. Tepe erläutert, dass der finanzielle Effekt der beschlossenen Tarifmaßnahmen letztlich nicht genau prognostiziert werden könne.

MA Tranel gibt zu bedenken, dass die Prognose auf der Basis von 2 Jahre alten Einnahmeaufteilungsergebnissen erstellt worden und mit gewissen Unsicherheiten behaftet sei. Sofern eine Reduzierung beschlossen werde, müssten die auf die einzelnen Verkehrsverträge aufgeteilten Beträge entsprechend angepasst werden.

Ktabg. Vogt verweist auf die Absicht, auch die Monatstickets in die Tarifmaßnahme aufzunehmen, und ist angesichts dessen der Auffassung, dass man mit der Reduzierung des Ansatzes vorsichtig umgehen müsse und ein Betrag von 200.000 € eher angemessen sei.

Ktabg. Koch fasst zusammen, dass man sich in der Zielsetzung einig sei. Mit einer Reduzierung von 300.000 € gefährde man die Maßnahmen nicht, biete aber andererseits auch keine unnötige Angriffsfläche bei der Aufstellung des Haushaltes. Er spricht sich somit dafür aus, den auf S. 593 unter Buchstabe e) zu Zeile 15 aufgeführten Betrag in Höhe von 1.015.700 € um 300.000 € auf 715.700 € zu reduzieren. Die Änderung wird von den Ausschussmitgliedern ohne förmliche Abstimmung beschlossen.

Beschluss:

Die im Entwurf des Haushaltsplanes 2020 ausgewiesenen Jahresergebnisse in den Teilergebnisplänen und Teilfinanzplänen mit den jeweiligen Finanzmittelüberschüssen bzw. -fehlbeträgen der Produktgruppen

im Budget 3 (Zentrale Dienste, Vermessung und Kreisstraßen)

| Produktgruppen | | ab Seite |
|----------------|-----------------------|----------|
| 20.06 | Gebäude | 433 |
| 62.01 | Vermessungen | 463 |
| 62.02 | Liegenschaftskataster | 471 |
| 62.03 | Grundstücksbewertung | 478 |
| 62.04 | Geoinformation | 484 |
| 66.01 | Verkehrsflächen | 493 |
| 66.02 | Straßenunterhaltung | 520 |

und im Budget 4 (Verwaltungsleitung, Besondere Dienste)

| Produktgruppen | | ab Seite |
|----------------|-------------------------|----------|
| 01.07 | Nahverkehrsplanung ÖPNV | 591 |

einschließlich der bei den zugehörigen Produkten dargestellten Ziele und Kennzahlen werden unter

Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

Anmerkung:

Die sich in der Sitzung des Ausschusses für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr ergebenden Änderungen werden in einer Liste zusammengestellt und dem AfFWuK Kreisausschuss / Kreistag zur weiteren Beratung vorgelegt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
 4 Enthaltungen

TOP 8 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Bau einer Wohnanlage am Nottengartenweg in Lüdinghausen:

KD Dr. Tepe teilt mit, dass das Abstimmungsgespräch für die beabsichtigte Bebauung mit Herrn Bürgermeister Borgmann in Lüdinghausen am 19.11.2019 stattfinden wird und die Gremien zeitnah über einen möglichen Konsens informiert werden. Ein überarbeiteter Planentwurf des beauftragten Architekturbüros wird der Niederschrift beigelegt (vgl. Anlage 1).

Von Seiten der Bezirksregierung ist für die Beseitigung der Altablagerungen auf dem Grundstück eine Förderung in Aussicht gestellt worden, die allerdings nur in Anspruch genommen werden kann, wenn die Baumaßnahme der Schaffung von Wohnraum dient.

Zwischenzeitlich sind außerdem zwei Hinweise von Bürgerinnen eingegangen, mit denen angeregt wird, Wohnraum für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Auch diese Anregungen werden bei den weiteren Planungen berücksichtigt.

Das Projekt soll durch Mittel der Wohnbauförderung, KfW-Darlehen und einen Eigenanteil aus Mitteln der Deponierücklage finanziert werden. Die Zins- und Tilgungsleistungen sowie die weiteren Kosten werden aus den Mieteinnahmen finanziert, so dass sich keine Auswirkungen auf die Kreisumlage ergeben.

Energiebericht Kreis Coesfeld 2018:

KD Dr. Tepe teilt mit, dass der Energiebericht 2018 fertig gestellt wurde und den Ausschussmitgliedern im Nachgang zur Sitzung übersandt wird.

Neubau einer Kreisleitstelle in Coesfeld:

KD Dr. Tepe teilt mit, dass zur Frage einer Unterkellerung bzw. möglicher Alternativen ein Bodengutachten in Auftrag gegeben wurde, dessen Ergebnisse hoffentlich noch vor Jahresende vorliegen werden.

In den Beratungen im Kreisausschuss ist ein Raumbedarf von ca. 1.100 qm für einen zweigeschossigen

Erweiterungsbau unstreitig anerkannt worden. Ergänzend hat die Verwaltung vorgeschlagen, den Neubau um eine dritte Etage zu erweitern, um weiteren Bedarf an Büroräumen zu decken. Ausgehend von der Grundfläche und unter Berücksichtigung allgemeiner Standards könnten ca. 390 qm für Büros und ein Besprechungsraum (ca. 50 qm) entstehen. Details hierzu werden in dem einzuberufenden Unterausschuss näher dargestellt.

Die Verwaltung erarbeitet derzeit ein Planungs- und Vergabekonzept mit dem Ziel, einen Architektenwettbewerb durchzuführen, bei dem Vorschläge sowohl für eine 2-geschossige als auch für eine 3-geschossige Erweiterung vorgelegt werden sollen.

Für einen dreigeschossigen Bau geht die Verwaltung derzeit von Baukosten in Höhe von ungefähr 5,9 Mio. € aus. Die Verwaltung schlägt vor, diesen Betrag zunächst im Haushalt einzustellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen.

S-Bahn-Münsterland:

KD Dr. Tepe teilt mit, dass der NWL eine Vorlage initiiert hat, mit dem die weitere Realisierung des Projekts S-Bahn Münsterland vorangetrieben werden soll. Die Verbandsversammlung des NWL wird das Projekt in seiner nächsten Sitzung im Dezember 2020 behandeln. Es ist wichtig, die Gremien der beteiligten Körperschaften bereits jetzt zu informieren und frühzeitig einzubinden. Die Vorlage wird der Niederschrift beigefügt (vgl. Anlage 2).

Auf Wunsch des Ktabg. Wobbe sichert KD Dr. Tepe zu, die Vorlage den Ausschuss- und Kreistagsmitgliedern unmittelbar im Nachgang zur Sitzung zusätzlich per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

TOP 9 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Ktabg. Koch nimmt Bezug auf das Pilotprojekt „Automatisiertes Fahren im ÖPNV“. Er habe gehört, dass dieses Projekt in Frage stehe bzw. möglicherweise gar nicht mehr realisiert werden könne, und bittet hierzu um Auskunft.

MA Raabe bestätigt, dass sich die weitere Umsetzung des Projektes tatsächlich als sehr schwierig gestalte. Die Verwaltung habe die Stadt Lüdinghausen und die Gemeinde Nordkirchen als mögliche Partner ins Boot geholt, sei aber hinsichtlich der Förderfähigkeit des Projektes inzwischen sehr ernüchert. Nachdem die Machbarkeitsstudie sich bereits als nicht förderfähig erwiesen habe, habe im Oktober ein Termin mit allen Münsterlandkreisen und dem Verkehrsministerium bei der Bezirksregierung stattgefunden. Dabei sei sehr deutlich geworden, dass das Ministerium dieses Thema als nicht besonders vielversprechend ansehe. Die Verwaltung sei vom Ministerium auf die Inanspruchnahme von Fördermitteln auf Bundesebene verwiesen worden. Die Beantragung einer Bundesförderung sei allerdings mit erheblich mehr zeitlichen Ressourcen verbunden, so dass ein Start nicht vor Mitte 2022 realistisch erscheine und die gewünschte Realisierung im Reallabor so leider nicht umsetzbar sei.

Ktabg. Vogt würde es für sinnvoll halten, wenn diesbezüglich die Landräte der Münsterlandkreise gemeinsam beim Verkehrsministerium vorsprechen und sich nochmals für die Umsetzung im Reallabor stark machen. Immerhin habe man seinerzeit vom Verkehrsministerium das Signal erhalten, dass das Projekt von dort unterstützt werde.

Ktabg. Lunemann möchte wissen, ob dies bedeute, dass nunmehr das Projekt in Nordkirchen nicht weitergeführt werde. MA Raabe antwortet, dass er nicht für die Gemeinde Nordkirchen sprechen könne, die Vertreter der Gemeinde aber an dem besagten Gespräch im Oktober beteiligt und von den Ergebnissen ebenso ernüchtert gewesen seien.

SB Nawrocki erkundigt sich, ob für das Projekt auch die Beteiligung von Partnern aus Industrie und Forschung geprüft wurde.

MA Raabe entgegnet, dass man mit der Firma e.GO aus Aachen Gespräche geführt habe, die zurzeit mit dem e.GO Mover ein grundsätzlich sehr interessantes Konzept entwickeln. Hier bestehen aber deutlich unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Kosten, die eine Zusammenarbeit im Moment unwahrscheinlich erscheinen lassen.

SB Spräner möchte wissen, ob die Firma e.GO für ihre Pilotprojekte die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen favorisiere oder ob es diese Projekte noch gar nicht gebe.

MA Raabe antwortet, dass ihm eventuelle Kooperationspartner der Firma e.GO nicht bekannt seien. Den e.GO Mover gebe es im Moment tatsächlich aber bisher nur als Prototypen.

Bednarz
Ausschussvorsitzende

Evers
Schriftführer